

Rieser Tageblatt

und Anzeiger (Elbeblatt und Anzeiger).

Drahtschrift: Tagesblatt Riesa.
Gernut Nr. 20.

Dieses Blatt enthält die amtlichen Bekanntmachungen
der Amtshauptmannschaft Großenhain, des Amtsgerichts, der Amtsanwaltschaft beim Amtsgerichte und des
Rates der Stadt Riesa, des Finanzamts Riesa und des Hauptzollamts Meißen, sowie des Gemeinderates Gröba.

Postkonto: Dresden 1539
Circul Nr. 22.

Nr. 141.

Dienstag, 20. Juni 1922, abends.

75. Jahrg.

Das Rieser Tageblatt erscheint jeden Tag abends 1/2 8 Uhr mit Ausnahme der Sonn- und Festtage. Bezugspreis, gegen Vorauszahlung, monatlich 24.— Mark ohne Beleglohn. Einzelnummer 1.50 Mark. Anzeigen für die Nummer des Ausgabestages sind bis 9 Uhr vormittags aufzugeben und im voraus zu bezahlen; eine Gewähr für das Erscheinen an bestimmten Tagen und Plätzen wird nicht übernommen. Preis für die 30 mm breite, 8 mm hohe Grundchrift-Zeile (8 Zeilen) 4.50 Mark; zeitraubender und tabellarischer Satz 50%, Aufschlag, Nachzahlungs- und Erfüllungsort: Riesa. Wichtigste Anzeigensätze: „Erzähler an der Elbe“. — Im Falle höherer Gewalt — Krieg oder sonstiger irgendwelcher Störungen des Betriebes der Druckerei, der Lieferanten oder der Beförderungsanstalten — hat der Bezahler keinen Anspruch auf Lieferung oder Nachlieferung der Zeitung oder auf Rückzahlung des Bezugspreises. Rotationsdruck und Verlag: Langer & Winterlich, Riesa. **Gründungsbeitrag: 500.— Mark.** Verantwortlich für Redaktion: Arthur Hänel, Riesa; für Anzeigenteil: Wilhelm Dietrich, Riesa.

Auf Blatt 566 des Handelsregisters, die Firma **Rieser Maschinen- und Gerätfabrik** Riesa, Matula & Co. in Riesa betr., ist heute eingetragen worden: Der Schmied **Oskar Riehl** und der Ofenbauer **Josef Roth**, beide in Gröba, sind aus der Gesellschaft ausgeschlossen.
Amtsgericht Riesa, den 9. Juni 1922.

Anzeigen

für die abends erscheinende Ausgabe des Rieser Tageblattes werden bis spätestens früh 5/8 Uhr (möglichst tags zuvor) erbeten. Geschäftsstelle des Rieser Tageblattes, Goethestr. 50.

Deutscher Reichstag.

Mitb. Berlin, 19. Juni.

Der Antrag einer Partei auf Sicherstellung des aus Anlaß der Befestigung Schlesiens und der Abkündigung aus öffentlichen Mitteln angeschafften beweglichen Materials wie Büreaueinrichtungen, Kraftwagen usw. wird in allen drei Lesungen debattelos angenommen.

Es folgt die erste Beratung des Gesetzentwurfs über die Getreidemenge.

Abg. Kröber (Soz.): Die landwirtschaftlichen Organisationen wollen keine Getreidemenge. Sie wollen die Aufrechterhaltung des vom Landbund geleiteten privaten Getreidemonopols im Profitinteresse der Agrarier. Für den Reichstag kann es keinen Zweifel geben, daß er sich demgegenüber auf die Seite des darbenenden Volkes zu stellen hat. Würde es nach dem Landbund geben, dann würde das Brot zum Weltmarktpreis von Mark 50.— verkauft werden und die Arbeiter mit großer Familie buchstäblich hungern müssen. Zudem kann der Landbund keine Gewähr für ausreichende Brotversorgung geben, denn er hat seine Mitglieder nicht in der Hand. Wir sind bereit, über die von der Vorlage frei gelassenen 5 Dektar hinaus, alle Güter mit weniger als 10 Hektar von der Vorlage frei zu lassen. Das Volk wird sich eine weitere Brotverwertung nicht gefallen lassen! Kommt zu der drohenden Arbeitslosigkeit noch die Hungersnot, dann haben wir den Zusammenbruch, denn vor dem Verderben kommt der Bürgerkrieg. Redner beantragt Befreiung der Umlage statt auf 2 1/2 Millionen Tonnen auf 4 1/2 Millionen Tonnen.

Abg. Dr. Mölle (Dnat.): Die Kriegserfahrungen haben gezeigt, daß man mit der Zwangswirtschaft niemals die Produktion steigern kann. Weite Kreise des deutschen Volkes können schon heute tatsächlich das Brot nicht mehr bezahlen. Ihnen muß geholfen werden, aber nicht dadurch, daß man die Landwirtschaft bluten läßt. Mit der Umlage wird das Brot nicht verbilligt. Die Regierung muß andere Mittel aufwenden, um der minderbemittelten Bevölkerung das Brot zu sichern. Unter dem Zwang der Umlage kann der Landwirt nicht die Mittel zur Produktionssteigerung aufwenden, die er bisher aufgewendet hat. Die Regierung gibt selber zu, daß die bisherige Verteilungsart ungerecht war, aber auch die jetzige Verteilungsart ungerecht und Verteilung. Die Umlage ist somit eine verschleierte Steuer, welche die Regierung der Landwirtschaft auferlegt, weil sie nicht den Mut hat, der Entente zu sagen, daß die Bevölkerung verbürgern muß, wenn die Regierung nicht aus Reichsmitteln das Brot verbilligen darf. Zudem ist die Vorlage praktisch nicht durchführbar und wird niemals die errechnete Getreidemenge aufbringen können. Unseren Vorschlag, mit dem Handel zusammen eine Getreidereserve von 2 Millionen Tonnen für die minderbemittelte Bevölkerung zur Verfügung zu stellen, hat die Regierung bewundernswürdig abgelehnt. Wir lehnen die Vorlage ab und überlassen die Verantwortung denjenigen, welche die deutsche Wirtschaft so unerhört gefährdet haben.

Abg. Horn (Unabh.) verlangt von der Regierung Schutz gegen den Brotwucher, der seit Aufhebung der Zwangswirtschaft immer frecher auftritt. Die Richtlinien des Landbundes, in denen zur Sabotage der Umlage aufgefodert werde, seien die offene Kriegserklärung profitgieriger Agrarier gegen Volk und Regierung. Redner stimmt schließlich der Vorlage zu, welche das Mindestmaß der Forderungen sei. Nach 6 Uhr wird die Weiterberatung auf Dienstag nachmittag 2 Uhr vertagt.

Die Haager Konferenz.

Aus dem Haag wird gemeldet: In der gestrigen Nachmittags-Sitzung der vorbereitenden Kommission erklärte der französische Delegierte **Benoit** namens der französischen Regierung, Frankreich werde sich bei der am 26. Juni beginnenden Tagung vertreten lassen. Seine Regierung wünsche aber daran zu erinnern, daß es sich nur um eine Zusammenkunft von Sachverständigen ad referendum handele und daß jede politische Frage von den Beratungen ausgeschlossen sei, ferner, daß seine Regierung sich die Freiheit vorbehalte, ihre Sachverständigen jederzeit zurückzuziehen, namentlich wenn das Auftreten der Sowjets dazu Veranlassung gebe. Der französische Abhand unterzeichnete diese Erklärung und sagte, die Beschlüsse der allgemeinen Kommission könnten weder frühere noch zukünftige Entscheidungen der Regierungen beeinträchtigen. Der belgische Delegierte **Castier** war mit dieser Erklärung einverstanden. Der Vorsitzende **van Karnebeek** schlug vor, daß der Vorsitzende der allgemeinen Kommission und die drei Vorsitzenden der Unterkommissionen eine kleine Kommission bilden sollten, die sich mit der Arbeitsweise der allgemeinen Kommission und der Unterkommissionen beschäftigen könne. **Lloyd George** lobte Karnebeeks Leitung und gab seine Ernennung zum Ehren-Vorsitzenden der allgemeinen Kommission der Erwägung anheim. Nicht jedem Vorsitzenden sei es gegeben, in so kurzer Zeit einen befriedigenden Erfolg zu erzielen. Unter dem Vorwand der Anwesenheit wurde von Karnebeek zum Ehrenvorsitzenden ernannt. **Lloyd George** teilte weiter mit, jedes Land werde in der allgemeinen Kommission durch zwei Delegierte vertreten sein. Mit dem Gedanken, eine kleine Kommission für die Arbeitsmethode zu bilden, sei er einverstanden. Im Auftrage der Versammlung wird von Karnebeek heute der Sowjetregierung

telegraphisch die Namen der Mitglieder der allgemeinen Kommission mitteilen. Am Mittwoch wird die Kommission einen Vorsitzenden wählen.

Die Konferenz zwischen Lloyd George und Poincaré.

Die Londoner Abendpresse bezeichnet das von Lloyd George zu Ehren Poincarés in der Downing Street gegebene Frühstück als das politische Ereignis des Tages. Alle Kabinettsmitglieder außer Lord Curzon nahmen daran teil; **Walpole** vertrat das auswärtige Amt. Auch der französische Botschafter de St. Aulaire, Marschall **Pétain**, Lord **Derby** und der britische Botschafter in Berlin **d'Abernon** waren anwesend.

Reuter meldet aus London: Nach der Konferenz zwischen Lloyd George und Poincaré wurde amtlich bekannt gegeben, daß die Reparationskommission eine Untersuchung über die Mittel veranlassen werde, um die deutschen Finanzen wieder in Ordnung zu bringen. Poincaré wird wahrheitsgemäß Ende Juni nach England zurückkehren, um den Kommissionsbericht zu erörtern. In der Zwischenzeit sind keine Zwangsmaßnahmen wegen Deutschland in Aussicht genommen. Das Reuterische Bureau verbreitet ferner nach folgenden ergänzenden Bericht zu der amtlichen Mitteilung über die Konferenz zwischen Lloyd George und Poincaré: Die britische Ansicht war, daß gegenwärtig der Augenblick schlecht gewählt sei, sich zu bemühen, den Betrag der Verbindlichkeiten Deutschlands endgültig festzusetzen, weil die Verhältnisse so ungewiß seien, daß jede jetzt gefällte Entscheidung später einen Streit herbeiführen könnte. Es wurde beschlossen, daß der nächste Schritt für die Reparationskommission darin bestehen sollte, den wirklichen Stand der deutschen Finanzen zu untersuchen und festzustellen, ob mit Hilfe einer auswärtigen Anleihe die deutsche Regierung irgendwas tun könnte, um durch Einschränkung der Ausgaben und Erhöhung der Steuern oder durch eine innere Anleihe das Gleichgewicht in seinem Haushalt sowie seine Währung wieder herzustellen.

Ausdehnung des Rapallo-Vertrages auf die Ukraine.

Der Reichskanzler hat gestern den ukrainischen Gesandten **Ruben** empfangen und mit ihm den Vertrag von Rapallo besprochen. Die Aussprache ergab Uebereinstimmung darüber, daß sich auch die Ausdehnung des Vertrages auf die Ukraine keinerlei Schwierigkeiten ergeben würden. Auch über die Frage der 400 Millionen ukrainischen Geldes, die Deutschland seinerzeit von der früheren ukrainischen Regierung noch im Besitz hat, soll eine Einigung dahin erzielt worden sein, daß das Geld der ukrainischen Regierung zur Verfügung gestellt wird, während diese die Evakuierungskosten, die bei der Räumung der Ukraine durch die deutschen Truppen entstanden sind und die etwa 100 Millionen betragen, übernimmt.

Eine angebliche Triple-Allianz Deutschland, Rußland und Angola. „Daily Telegraph“ veröffentlicht den angeblichen Wortlaut eines Entwurfs zu einer Triple-Allianz zwischen Deutschland, Rußland und Angola, deren Hauptinhalt ein militärisches Defensivabkommen sei. Diese Veröffentlichung beruht ebenso wie die früheren von einem deutsch-russischen Militärabkommen auf völlig freier Erfindung.

Reichsregierung und Garantiefomitee

Die Reichsregierung beschäftigt sich gestern nachmittag in einer Kabinettsitzung mit der bei den Verhandlungen mit dem Garantiefomitee einschlagenden Marschroute. Die Regierung legt entscheidendes Gewicht darauf, daß bei der Kontrolle des Haushaltes durch das Garantiefomitee die **Souveränität des Reiches unangetastet** bleibt und daß auch das **Steuereinkommen** der einzelnen Staatsbürger gewahrt wird. Die letzte Forderung entspreche einem internationalen Rechtsgrundsatz, an den sich gerade Frankreich immer gehalten habe. Was die Kapitalflucht anbelangt, so habe die Regierung immer betont, daß allein durch deutsches Geleg dieser Schaden nicht geheilt werden könne, sondern daß nur ein internationales Zusammenwirken Aussicht auf Erfolg haben würde. Das Garantiefomitee wird heute dem Reichskanzler, dem Reichsminister des Auswärtigen und dem Reichsfinanzminister **Öffentlichkeitsbesuche** abhalten. Die eigentlichen Besprechungen mit dem Komitee dürften am Mittwoch beginnen.

Die Konferenz der 2. Internationale.

Aus London wird gemeldet: Die Konferenz der 2. Internationale nahm gestern vor Beendigung ihrer Verhandlungen folgende **Entscheidungen** an: 1. Angehends des Mangels an Treu und Glauben der 3. Internationale, die die internationale Gewerkschaftsbewegung zerrissen, die sozialistische Internationale angegriffen, die auf der Berliner Konferenz bezüglich der politischen Prozesse in Moskau gegebenen Zusagen gebrochen und das bedingungslose Versprechen, die Dokumente über Georgien einem Delegierten-ausschuss vorzulegen, zurückgepflegt hat, kann die Konferenz nicht länger an den Bemühungen teilnehmen, mit der 3. Internationale zu einem internationalen Abkommen zu gelangen. 2. Eine allgemeine Konferenz der sozialistischen und Arbeiterparteien tritt im Oktober in **Damburo** ankommen.

um die Wiederherstellung internationaler Geschäftspunkte zu erwägen, die in der Angelegenheit des europäischen politischen und ökonomischen Wiederaufbaus die sozialistischen und Arbeiterparteien zu einladen geclanet sind. 3. Die Konferenz verpflichtet sich zur Unterstützung der Amsterdamer Gewerkschaftsinternationale bei ihrer Vertiefung der Arbeit gegen den Kapitalismus. Zuletzt nahm die Konferenz noch eine von **Wibaut** (Holland) und **Wels** (Deutschland) unterzeichnete Entschließung an, die die Notwendigkeit betont, die Organisation des Völkerverbundes zu stärken, um die Abwicklung zu erleichtern und die internationale Verteilung der Rohstoffe und der zum Leben notwendigen Waren zu organisieren.

Die Getreidemenge.

Außer den Sozialdemokraten haben sämtliche Reichstagsfraktionen gestern abend in Berlin Sitzungen abgehalten, in denen sie sich mit der im Reichstagsauschuss eingenommenen Haltung zur Getreidemenge beschäftigten. Im Zentrum vertritt man, auf ein Kompromiß mit der Sozialdemokratie hinauszufahren. Die „Deutsche Wg. Zeitung“ und das „Berl. Tagebl.“ glauben, daß sich eine, wenn auch nur geringe Mehrheit für den Gesetzentwurf finden werde. (Siehe auch den Reichstagsbericht.)

Landwirtschaft und Getreidemenge. Wie die Telegramm-Union erklärt, betrachtet man in führenden landwirtschaftlichen Kreisen die Vorlage der Getreidemenge durchaus leidenschaftlos. Man begehrt volles Verständnis für die Notwendigkeit der Sicherung des Brotgetreides für die großstädtische Bevölkerung, aber die Tatsache, daß die Frage durch Krisenverhältnisse und Inflationsnachrichten parteipolitisch ausgenutzt wird, bedauert man. Der Kernpunkt des Problems ist die Verteilung des von der minderbemittelten Bevölkerung erwünschten Preises für das Brotgetreide. Dieses Problem wird von der Landwirtschaft als durchaus gerechtfertigt angesehen, aber sie lehnt ebensoviele den Plan ab, die Verteilung des Brotgetreides durch eine Sonderbesteuerung der Landwirtschaft aufbringen zu lassen. Die Umlage ist ja doch eine Sonderbesteuerung der Landwirtschaft, eines einzelnen Berufs. Nach Auffassung der Landwirtschaft sollte an Stelle der Umlage eine alle Berufe gleichmäßig belastende, besonders die bemittelte Bevölkerung treffende Abkommensumlage treten. Die Sicherung der Getreidemenge für die Reichsgetreidebehörde ließe sich leicht erreichen, wenn man heute zwar die Umlage bewilligte, ihr aber einen Paragraphen mit aufstrebender Kraft hinzufügt, wonach die Umlage nur dann eintritt, wenn zu einer bestimmten Frist nicht der Reichsgetreidebehörde die angeforderten Mengen von der Landwirtschaft geliefert würden.

Die Durchführung des Räumungsabkommens.

Aus Berlin wird gemeldet: Gemäß dem Räumungsabkommen wurden die Eisenbahnen, sowie die Post-, Telegraphen- und Fernsprechnetze am Sonntag um 6 Uhr in **Polen-Obereschlesien** den Polen übergeben. In der vorletzten Nacht ist der neue Fahrplan in Kraft getreten. Die neue Zollgrenze trat am Montag in Kraft, die deutschen Zollbeamten nahmen an der neuen Grenzlinie sofort ihren Dienst auf. Montag vormittag 10 Uhr 40 Minuten fand in **Oberglogau** und gegen 12 Uhr in **Kreuzburg** der Waggenwechsel statt. Damit sind diese Gebiete wieder unter deutsche Regierungsgewalt getreten. Die französischen Truppen sind Montag vormittag aus **Kattowitz** abgerückt. Heute beginnt die Räumung der zweiten Zone, ebenfalls heute wird die Abkommenspolizei und werden die Gemeindegewalten abgeleitet. Am 21. erfolgt der Einmarsch deutscher bzw. polnischer Polizei in **Leobisch** bzw. **Königsbütte**. Am 22. werden diese Gebiete von den interalliierten Truppen verlassen. Einen Tag später ziehen deutsche Truppen in **Leobisch** und polnische Truppen in **Königsbütte** ein.

Tagesgeschichte.

Deutsches Reich.

Einführung der Kohlen auf dem Landwege. Der Reichskohlenkommissar veröffentlicht im Reichsanzeiger eine Bekanntmachung über die Regelung der Einfuhr der Kohlen auf dem Landwege.

Hungerstreik in Niederschönenfeld. In der Festungsbastion Niederschönenfeld ist der kommunistische Abgeordnete **Sauber** in den Hungerstreik getreten als Protest gegen die Verbannung der Einzelhaft.

Die Spaltung im Beamtenbund. Aus Berlin wird gemeldet: Die in verschiedenen Zeitungen gebrachte Nachricht, die Reichspostgewerkschaft habe gelegentlich der Gründungsversammlung des „Allgemeinen Deutschen Gewerkschaftsbundes“ in Leipzig am 18. Juni oder in einer Vorbesprechung ihren Anschluß an die Neugründung erklärt, entspricht nicht den Tatsachen. Bislang wurde seitens der Reichspostgewerkschaft noch keine Stellung dazu genommen.

Dollarkurs und Tschechenkrone. Der Dollar notierte an der gestrigen Vormittagsbörse (10 Uhr vormittags) bei festerer Tendenz 327—329. Prag nannte man 630.

Republik Österreich.

Die Wahlen im Burgenland. Das voraussichtliche Ergebnis der Nationalratswahlen im Burgenland ist folgendes: Die Sozialdemokraten erhielten 4 und die Christlich-Sozialen 2 Mandate. Die zwei restlichen Mandate